

Wer oder was sind die MBI?

Die MBI – Mülheimer Bürgerinitiativen – sind eine kommunale Wählergemeinschaft. Sie sind parteiunabhängig und werden sich nicht an Koalitionen mit anderen Fraktionen im Rat beteiligen. Es gibt bei den MBI keinen Fraktionszwang und kein imperatives Mandat. Gegründet wurden die MBI 1999 zu den Kommunalwahlen und sind seitdem – mit Ausnahme der Jahre 2001 bis 2004 – als Fraktion im Rat der Stadt Mülheim vertreten. Bei den Wahlen in 2009 erhielten die MBI 11,6% der Stimmen und damit als drittstärkste Fraktion sieben Mandate.

MBI – Erfolgsgeschichte trotz Widerstand

Bürgerinitiativen (BI's) entstehen immer dann, wenn Bürger/innen sich von Parteien und Ämtern übergangen oder im Stich gelassen fühlen. In Mülheim bildeten sich seit den 80er Jahren deutlich mehr BI'n als in Nachbarstädten.

Filz, verdeckte Korruption und Selbstherrlichkeit in Verwaltung und Politik sowie häufig blindgläubige Investorenhörigkeit haben in unserer Stadt seit den 90er Jahren Blockaden und Fehlentwicklungen erzeugt, die Mülheim im Vergleich zu Nachbarstädten ins Hintertreffen brachten trotz zum Teil viel günstigerer Bedingungen. Viele dieser Fehlentwicklungen gingen und gehen letztlich auf Kosten der Schwächeren bzw. der Allgemeinheit und zu Lasten von Umwelt und Gesundheit.

Auch die schwarz-grüne Koalition der 90er Jahre hat daran nichts geändert und außer dem Baustop der Emmericher Straße nichts Wesentliches erreicht. Nachdem die MBI 1999 mit drei Mandaten in den Rat einzogen und in der Folgezeit auf Filz und Korruption, Geldverschwendung und Missstände in der Stadtplanung hinwiesen, fehlte es nicht an Versuchen, die Wählergemeinschaft zu blockieren und an der Arbeit zu hindern: aussichtslose Strafanzeigen, Ignorieren durch die Presse, rüde Umgangsformen in den Ausschüssen, Geschäftsordnungstricks...uswuf. Das gipfelte 2001 in der Spaltung der Fraktion durch den zur SPD übergelaufenen Ratsherrn Yassine, wodurch die MBI für 3 Jahre ihren Fraktionsstatus verloren. Bei der nächsten Wahl, 2004, erhielten sie dann aber 10,3% der Stimmen und 6 Mandate, bei den Wahlen 2009 11,6% und 7 Mandate.

Trotz aller Widerstände haben die MBI zahlreiche Themen aufgegriffen und in Rat, Bezirksvertretungen und Ausschüssen eingebracht. Viele wichtige Informationen konnten über die eigene Internetseite, regelmäßige Info-Stände und die MBI-Zeitung „MBI informiert“ in die öffentliche Diskussion gebracht werden. Durch eigene Veranstaltungen mit bekannten Experten (z.B. Rügemer, Monheim) konnten Diskussionen unabhängig von Verwaltung und anderen Fraktionen geführt werden. Teils ergaben sich gerade aus den Veranstaltungen die Gründungen neuer Bürgerinitiativen. Insbesondere waren die MBI auch wesentlich an mehreren Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden beteiligt, haben diese initiiert und nach Kräften unterstützt.

Die MBI halfen auch außer bei der BISS bei der Neugründung weiterer Bürgerinitiativen wie

- Die Gründung der BI Hexbachtal (städteübergreifend mit Essen und Oberhausen) konnte das Hexbachtal vor den zerstörerischen Kanalbauplänen der Essener Stadtwerke retten.
- Die BI Contrapid z.B. trug dazu bei, dass das Prestigeprojekt *Metrorapid* schneller in sich zusammenbrach. Ergebnis: Keine jahrelangen Großbaustellen und unbezahlbare Vorleistungen für unsere Stadt.
- Die Gründung der BI "Historische Gartenstadt Heimaterde" konnte die zerstörerischen Baupläne von Thyssen-Krupp in den Gärten der Heimaterde blockieren.
- Die Gründung der BI "Pro Mülheim" für ein Bürgerbegehren gegen die Ruhrbania-Ruhrpromenade hat die Information und Diskussion und Kritik eröffnet *und zeigte erstmals die breite Ablehnung bei den Bürgern gegen dieses neue Millionen-Projekt.*
- Die BI „Mülheim Bleibt Unser“ mit dem erfolgreichen Bürgerentscheid in 2005 und dem zweiten Bürgerentscheid in 2007...
- Der BI „Frische Luft für Mülheim“, die eine Bebauung der Äcker Tilsiter Str./Oppspring im Außenbereich von Holthausen zumindest über Jahre verzögern und ein wenig reduzieren konnte
- Die BI „Schützt Menden“, die die Bebauung der Obstwiese am Ortseingang erfolgreich verhindern konnte
- u.v.m.

Bei vielen anderen BI's, Schutzgemeinschaften oder Initiativen einzelner Bürger oder Gruppen konnten die MBI oft erfolgreich informieren und beraten, wodurch in vielen Beispielen entweder das Schlimmste verhindert oder verträglichere Lösungen gefunden werden konnten, etwa bei den vielfältigen Problemen auf dem ehemaligen Kasernengelände. Einige von den MBI unterstützte Initiativen sind allerdings an Arroganz und Sturheit der Stadt vorerst blockiert wie die MESSI (Mülheimer ElektroSchutzInitiative) oder wurden ziemlich rücksichtslos übergangen wie die Anwohner des Bauprojekts Hittfeldstr./Wichernstr. oder die Bewohner der Friedhofstr., die durch die nicht zulässige Ansiedlung der Fa. Lankermann im reinen Wohngebiet über Jahre belästigt und genervt werden.!

Die MBI haben sich nicht mit den Anträgen und Anfragen in städtischen Gremien begnügt, wo diese oft von der Tagesordnung gefegt und meistens niedergestimmt wurden (um dann oft nach einer kleinen oder längeren Pause als Antrag einer der großen Fraktionen wiederaufzutauchen). Sie haben ihre Anliegen (bzw. die Anliegen der Stadt und ihrer Bürger) auch beim Regierungspräsidenten, bei der Landesregierung, bei der EU-Kommission und teils auch vor Gericht vertreten.

Dass diese Arbeit (noch) nicht immer erfolgreich war, ist auch kaum anders zu erwarten, da die MBI (wie auch viele andere Organisationen), gegen einen mächtigen Apparat, verfilzte Strukturen und immense finanzielle Interessen antreten. Trotzdem und gerade deshalb gilt immer noch:

„MBI – Nötig wie nie!“

Die Realitäten zur Kenntnis nehmen

Die Stadt Mülheim ist mehr als pleite, die Privatisierung inkl. der PPP-Geschäfte bereits sehr weit fortgeschritten, die Innenstadt auch wegen Ruhrbania am Boden, die Verkehrsführung misslungen, Speldorf ein städtebauliches Fiasko, der ÖPNV lange vernachlässigt und nun vor unbezahlbarem Sanierungsstau, der Filz in verschiedenen Farben, meist rot, hat sich wie Mehltau wieder stärker über fast alle Bereiche der Stadt gelegt und zu allem Überfluss fühlt die älter gewordene deutschstämmige Bevölkerung sich immer mehr bedroht von kriminellen Abzockern auf breiter Front in fast allen Dingen des Alltags (die Stadt selber inbegriffen), von Einbruchserien, von Mietnomaden u.ä., von Zuwanderung aus aller Herren (und Damen) Länder, von immer mehr Zerstörung oder Verkauf ehemaliger Identifikationspunkte mit ihrer Heimatstadt (Stadtbad und Gartendenkmal, Jugendherberge, Gebäude und Bäume Musikschule, Platz der deutschen Einheit zwischen Rathaus und Bücherei, demnächst Landschaftsbild Oppspring/Tilsiter Str./Schlippenweg, Aufgang Mausefalle zum Kirchenhügel und nun auch noch Teile des Auberg. Das Denkmalsterben an Löh- und Auerstr., Scheffelstr. bis Troostsche Weberei geht weiter und nur mit viel Aufwand konnten engagierte Bürger die denkmalgeschützte Jugendstilhalle in Broich und die einzigartige Freilichtbühne nach jahrelanger Vernachlässigung wieder mit Leben füllen

Noch haben keine einschneidenden Sparmaßnahmen eingesetzt, was spätestens nach den Kommunalwahlen 2014 und allerspätstens nach den OB-Wahlen 2015 unvermeidlich kommen wird – sofern nicht die Banken, die NRW-Regierung oder die Eurokrise bereits vorher den bisherigen Schlendrian brutal beenden. Dann werden auch im beschaulichen Mülheim Heulen, Zähneknirschen und unappetitliche Verteilungskämpfe die Tagesordnung bestimmen. Die Zerfallsprozesse und Auflösungserscheinungen der bisherigen Stadtgesellschaft sind bereits jetzt unübersehbar. Damit das nicht in Hauen und Stechen übergeht, wird es für eine halbwegs zivilisierte Entwicklung einer ziemlich abgewirtschafteten Stadt wie Mülheim notwendig sein, grundlegendere Weichen umzustellen, nicht zuletzt in Richtung Ruhrstadt oder Teilmetropole Ruhr-West o.ä..

Im Einkaufs- und im Wohnungsbereich z.B. konkurrieren die Ruhrgebietsstädte sich eher gegenseitig zu Tode. Der Leerstand aber wächst stetig, ganze Stadtteile veröden.

MBI-Oberziele zu den Kommunalwahlen 2014

Weiter sinkende Einwohnerzahlen und die veränderte Altersstruktur erfordern dringend verbindlichere städteübergreifende Planung. Nicht jede Stadt braucht weiter eine Wirtschaftsförderungsgesellschaft, eine Tourismusgesellschaft, ein eigenes Prestigeprojekt, auch nicht jedes Schulangebot, jedes Amt usw.. Gewerbesteuern müssen endlich in der

Region aufgeteilt werden. Für Bürger und Bürgerinitiativen spielen Stadtgrenzen schon lange nur noch eine künstlich bremsende Rolle, vgl. Flughafen, Winkhauser oder Hexbachtal.

**Regionale Grünzüge, wichtig für Durchlüftung und Naherholung,
müssen besser geschützt und Tabu für weiteres Bauen werden!**

Vor allem aber: Der finanzielle Ruin der Ruhrgebietsstädte kann nur noch durch konsequente Nutzung aller Kooperations- und Fusionsmöglichkeiten mit den Nachbarstädten überhaupt in den Griff bekommen werden!

- die Serie von weiteren Luftschlössern, Prestigeprojekten u.v.m. schnellstens zu beenden, sowohl zusätzliche Ruhrbania-Baufelder (AOK, Gesundheitshaus usw.), Ruhrbania-Baulos 3 (u.a. Abriss Hochstr. Tourainer Ring). utopische Hotelwünsche der MST-Chefin (z.B. statt der VHS), der Luxusportplatz in Heißen, weitere Träume eines Flughafenausbaus trotz des Schließungsbeschlusses usw..
- Unverzüglich die Stadtpolitik konsequent in Richtung Ruhrstadt oder Teilmetropole Ruhr-West o.ä. umzuorientieren, d.h. auch Verschmelzung ganzer Teilbereiche mit den Nachbarstädten und Abgabe von Entscheidungskompetenzen z.B. an den RVR. Das muss sich auf viele Bereiche beziehen, die wichtigsten sind: Ein gemeinsamer ÖPNV mit fusionierter Verkehrsgesellschaft, eine einheitliche Gewerbesteuer, die nur an den RVR gezahlt wird, eine koordinierte Baulandausweisung mit zuvor festgelegten Tabuzonen (z.B. Regionale Grünzüge), Zusammenlegung und Arbeitsteilung von Behörden und städt. Gesellschaften der heutigen Teilstädte,
- Aufstellung einer verbindlichen Prioritätenliste für zukünftige städtische Ausgaben, bei der die Gewährleistung der Daseinsvorsorge oberste Priorität aller Pflichtaufgaben haben muss. Verschwendungsorgien für Gutachteritis, Pöstchenhuberei u.v.m. werden die MBI weiterhin konsequent ablehnen und zu verhindern versuchen
- Sukzessive Auflösung aller Ausgliederungen, städtischer und halbstädtischer GmbHs u.ä., und Rücküberführung in den Kernhaushalt bzw. in gemeinsame Bereiche mit Nachbarstädten.

Die MBI setzen sich u.a. ein für

- mehr Transparenz und Bürgernähe durch frühzeitigere Bürgerbeteiligung, aber auch vereinfachte, fairer behandelte Bürgerbegehren-/entscheide
- verstärkte und schonungslose Bekämpfung von Korruption, Filz, Vettern- und Cousinenwirtschaft
- Keine zusätzlichen Ruhrbania-Baufelder jenseits der Eisenbahnbrücke (AOK, Gesundheitshaus usw. erhalten, ebenso die Hochstr. Tourainer Ring), Bestandsgarantie für die VHS an der Bergstraße
- Keine wie auch immer gestaltete Rettung des Kaufhofs durch die Stadt als Hauptmieter mit erneuter „Reise nach Jerusalem“ für städtische Gebäude und Ämter
- Angebote integrativer Gemeinsamer Unterricht an allen Schulformen und in allen Stadtteilen, keine voreilige Auflösung von Förderschulen ohne geklärtes Inklusionskonzept

- Bürgerkompetenz vor Ort nutzen statt teurer Gutachten und Sicherung des Bestandes statt immer neuer windiger Projekte. Nach Vergärungsanlage, Ruhrbania, Naturbad usw. nicht auch noch ein weiterer Luxusportplatz in Heißen u.a. auf Kosten des Schulsports in Styrum durch Verkauf des Platzes von-der-Tannstr.
- Lösung von Uralt-Problemen wie Fallwerk Jost (Verlagerung!), Klöttchen (kein Ausbau auch noch für Zweirichtungsverkehr), Flughafen (endlich Einstieg in den beschlossenen Ausstieg und Bewerbung für die Klima-Expo auf dem Gelände)
- Klimaschutz auch durch verbessertes innerstädtisches Mikroklima mit mehr Innenstadt-, und Straßenbäumen, besserer Schutz der Grün- und Kaltluftentstehungsgebiete
- Transparentere Gebührenbescheide, Änderung unfairer Hinterlieger- oder Erschließungsgebühren nach Jahrzehnten; Berechnung der Abwassergebühren in Zukunft kostendeckend und ohne fiktive, überhöhte kalkulatorische Kosten und Zinsen
- Haushaltssanierung als alleroberste Priorität!!
 - Keine spekulativen Geschäfte mit Derivaten, swaps Währungswetten u.ä.,
 - keine Umwegfinanzierungen über PPP-Projekte mehr,
 - sukzessive Auflösung städtischer GmbHs wie JSG, MST, M&B, etc. und
 - Rekommunalisierung von Müll, Wasser, Abwasser, Gas, Strom über zweckgebundenen Verkauf der RWE-Aktien, soweit möglich
 - Dezernate, Ämter zusammenlegen, möglichst mit den Nachbarstädten, und Personaleinsparung von oben nach unten, nicht per „Rasenmäherprinzip“!

Keine weiteren Finanzexperimente

Ende der Privatisierungen und PPP-Modelle sowie keine Spekulationsgeschäfte mehr!

Die Stadt Mülheim hat in der Vergangenheit so gut wie kein abenteuerliches Finanzkonstrukt ausgelassen, angefangen von halb oder ganz (MEG) missglückten Privatisierungen über den nur durch das Eingreifen der MBI verhinderten Versuch mit Cross – Border – Leasing und die Spekulation mit Zinsgewinnen (Verlust bisher über 6 Mio. Euro) bis hin zu den PPP – Modellen (Öffentlich Private Partnerschaft) bei Medienhaus und Schulen. Die beiden Bürgerentscheide gegen die Privatisierung und PPP – Modelle wurden von den MBI wesentlich mitgetragen und initiiert. Der erfolgreiche Bürgerentscheid von 2005 zählt zu unseren größten Erfolgen. Durch das knappe Scheitern des zweiten Bürgerentscheides ist es leider nicht mehr gelungen, zu verhindern, dass das Medienhaus und eine Reihe von Schulen als PPP-Projekte eingeleitet wurden. Nachdem die MBI immer wieder den Antrag gestellt hatten,(und immer wieder von den anderen Fraktionen niedergestimmt wurden!) , die Verluste aus den Zins-und Währungsspekulations-Geschäften gerichtlich einzuklagen, kam endlich Bewegung in dieses Thema, als andere Kommunen ihr Geld zurückbekamen und inzwischen schon die Verjährung drohte. Jetzt wird es für alle derartigen Geschäfte Schadensersatzklagen durch die Stadt Mülheim geben.

Das Schwarze Loch im Haushalt

Geradezu rekordverdächtig konnte bzw. wollte die Stadt bereits seit 1998 keinen einzigen genehmigungsfähigen Haushalt mehr aufstellen. Trotz aller Diskussionsrunden mit und ohne Bürgerbeteiligung ist von Haushaltskonsolidierung nichts zu merken, im Gegenteil: Die Kassenkredite, vergleichbar den Überziehungskrediten, explodierten weiter von 148 Mio. in 2004 und „nur“ 395 Mio. in 2008 auf 700 Mio. in 2013 und 2016 soll die Milliardengrenze erreicht werden! Dabei kam das Land der Stadt 2006 noch einmal zu Hilfe, indem mit der Umstellung auf das neue Haushaltsrecht erlaubt war, 75 Mio. aus der Substanz(!) für den Haushaltsausgleich einzusetzen. Auch die Situation an den Finanzmärkten war gut für Mülheim: die Zinsen befinden sich seit Jahren im Rekordtief, was bei der hohen Verschuldung der Stadt etliche Millionen an Zinsausgaben ersparte.

Jetzt jedoch beginnt die Wirklichkeit die Stadt Mülheim einzuholen: zuerst brachen die Dividenden aus den 10 Mio. RWE-Aktien ein, jahrelang verlässliche Einnahmequelle, von 3,40 ein auf nunmehr 1 Euro. Inzwischen lässt sich die Tatsache, dass die RWE-Aktien massiv an Wert verloren haben, nicht mehr verleugnen: Die Stadt musste nun die mit 75 € und mehr stark überbewerteten Aktien (Kurswert 2007) mit ihrem realen Wert von 28 € in 2014 ansetzen und mit einem Federstrich war die Stadt Mülheim bilanziell 460 Mio. € ärmer und allein dadurch mit 150 Mio. € hoffnungslos überschuldet. Damit wird es auch immer schwieriger, überhaupt noch Kredite zu bekommen, vor allem nicht mehr zu günstigen Zinsen für die 2014 bereits über 800 Mio. € notwendigen kurzfristigen Kassenkredite „zur Liquiditätssicherung“.

Inzwischen gibt die Stadt jedes Jahr 90 Mio. € mehr aus, als sie einnimmt. Es werden damit keine Schulden mehr zurückgezahlt, sondern der Schuldenberg erhöht sich jedes Jahr um diesen Betrag.

Die Stadt hat nicht nur bei Spielen mit abenteuerlichen Finanzprodukten Millionen verzockt, sondern sie ist auch in unüberschaubarem Ausmaß (die Verwaltung sah sich außerstande, eine entsprechende Frage zufrieden stellend zu beantworten) weitere finanzielle Verpflichtungen eingegangen, nicht zuletzt mit den auf 25 Jahre abgeschlossenen Leasing-Verträgen für ihre PPP – Schulen, Medienhaus, Feuerwehr und Rathaus-Neubau sowie Anmietungen für Ersatzräume für den für Ruhrbania abgerissenen Rathausneubau. Welche Verluste sich noch aus den wilden Konstruktionen der Beteiligungsgesellschaften, allen voran die Ruhrbania GmbH & Co. KG, ergeben werden, ist vollends undurchschaubar. Da fast alles nichtöffentlich in Ausschüssen und Rat passiert, erfahren auch die MBI es erst, wenn mal wieder „alles zu spät ist“. Beispiel dafür ist die MEG, deren Verluste erst bekannt wurden, als sie auf 40 Mio. angewachsen waren, u.a. durch die Fehlinvestition der überdimensionierten Vergärungsanlage. An dem Schuldenberg der MEG wird die Stadt lange abzahlen.

Der Einstieg in wirkliche Haushaltssanierung bedeutet u.a.

- ❖ die Serie von weiteren Luftschlössern, Prestigeprojekten u.v.m. schnellstens zu beenden, sowohl zusätzliche Ruhrbania-Baufelder (AOK, Gesundheitshaus usw.), Ruhrbania-Baulos 3 (u.a. Abriss Hochstr. Tourainer Ring). utopische Hotelwünsche der MST-Chefin (z.B. stattd. VHS), den Luxusportplatz in Heißen, weitere Träume eines Flughafenausbaus trotz des Schließungsbeschlusses usw.. alle besser gestern als heute zu stoppen und billigere Möglichkeit zu suchen
- ❖ unverzüglich die Stadtpolitik konsequent in Richtung Ruhrstadt oder Teilmetropole Ruhr-West o.ä. umzuorientieren, d.h. auch Verschmelzung ganzer Teilbereiche mit den Nachbarstädten und Abgabe von Entscheidungskompetenzen z.B. an den RVR, und zwar in vielen Bereichen, am wichtigsten: Ein gemeinsamer ÖPNV mit fusionierter Verkehrsgesellschaft, eine einheitliche Gewerbesteuer, die nur an den RVR gezahlt wird, eine koordinierte Baulandausweisung mit zuvor festgelegten Tabuzonen (z.B. Regionale Grünzüge), Zusammenlegung und Arbeitsteilung von Behörden, Gesellschaften der heutigen Teilstädte
- ❖ Aufstellung einer verbindlichen Prioritätenliste für zukünftige städtische Ausgaben, bei der die Gewährleistung der Daseinsvorsorge oberste Priorität aller Pflichtaufgaben haben muss.
- ❖ Sukzessive Auflösung aller Ausgliederungen, städtischer und halbstädtischer GmbHs u.ä., und Rücküberführung in den Kernhaushalt bzw. in gemeinsame Bereiche mit Nachbarstädten.

Grunddaseinsvorsorge und Beteiligungen

Nahezu alle Bereiche der Daseinsvorsorge sind in Mülheim in einer der zahllosen GmbHs untergebracht (z.B. Abwasser, Abfall, Trinkwasser, ÖPNV). Diese Konstruktion führt dazu, dass alle wichtigen Entscheidungen in den Aufsichtsräten und damit nicht öffentlich diskutiert werden. Besonders problematisch ist, dass viele dieser Teilgesellschaften des sog. „Konzerns Stadt“ teilweise privatisiert sind wodurch die Nichtöffentlichkeit noch strikter eingefordert wird.

Die MBI haben sich stets gegen die Privatisierung der Grunddaseinsvorsorge, also den Verkauf von Abwasserbetrieb, Abfallentsorgung, Trinkwasser, ÖPNV usw. eingesetzt, ebenso gegen Cross-Border-Leasing (das inzwischen verboten ist und vielen Kommunen Millionenverluste gebracht hat) und sog. ÖPP (Öffentlich-Private-Partnerschaft) Modelle bei öffentlichen Gebäuden und Verkehrsbetrieben. Die beste Lösung wäre es aus Sicht der MBI, die Privatisierungen rückgängig zu machen, etwa in Kooperation mit anderen Städten.

Da die Re – Kommunalisierung der Ver – und Entsorgungsbetriebe ein zwar wichtiges, aber nur längerfristig zu erreichendes Ziel ist, muss in der Zwischenzeit wenigstens die Transparenz und Kontrolle in den teilprivatisierten Gesellschaften deutlich verbessert

werden. Es gilt, mögliche Weiterverkäufe an internationale Multikonzerne zu verhindern, das Preis-Leistungsverhältnis bei den Gebühren zu verbessern und weitere Millionenverluste an die MEG zu vermeiden. Dazu soll der Rat stärker als bisher die Unternehmenspolitik mitbestimmen und mehr Informationen erhalten.

Für die Gesellschaften, die sich allein in städtischem Eigentum befinden, fordern die MBI die Auflösung der GmbHs und die Wiedereingliederung in den städtischen Haushalt nach dem Vorbild der Eigenbetriebe „Grün und Wald“ und des Immobilienservice.

Filz und Korruption bekämpfen

- Personelle Konsequenzen bei Amtsmissbrauch, Fehlentscheidungen trotz vorliegender Informationen und bewusster Fehlinformation gegenüber politischen Gremien oder anderen Verwaltungsmitarbeitern
- Schadensersatzansprüche auch gegenüber Beratern, Geschäftsführern und Amtsinhabern durchsetzen
- Strafanzeigen bei Korruptionsverdacht
- Ständige Kontrolle korruptionsanfälliger Bereiche durch entsprechende Stabsstellen, verbesserte Kontrollmöglichkeiten für die Politik
- Auch gewisse „Gewohnheitsrechte“ müssen überprüft und ggfs. geändert werden
- Ende der „Gutachteritis“, nicht zuletzt: Keine weiteren Gutachten zur Innenstadt (es gibt bereits so viele, dass die Verwaltung sich außerstande sieht, diese für die letzten zehn Jahre –geschweige denn davor – auch nur aufzulisten)
- Keine Gutachten und Wettbewerbe zu Projekten, die nicht in groben Umrissen bereits diskutiert und beschlossen sind (Beispiel: die teuren Untersuchungen zum Metrorapid)
- Ende aller Lärm-, Verkehrs-, Altlasten-, Kaufkraft-, und sonstigen Analysen ohne konkrete Konsequenzen, soweit diese nicht gesetzlich vorgeschrieben sind (Beispiele: das teure und sehr umfangreiche Gutachten für den Lärminderungsplan, dem aber keine Lärmschutzmassnahmen folgten; Altlastengutachten im Hafengebiet unter Ausklammerung des Fallwerks usw.)
- Ende aller sinnlosen Umfragen bei den Bürgern, die neben Kosten auch datenschutzrechtlich problematisch sind, stattdessen die Meinungsäußerung des Bürgers in Bürgerversammlung, Presse, Bürgerbegehren usw. ernst nehmen
- Insbesondere Schluss mit der Dauerbeauftragung von Gutachtern und Beratern, wie Dr. Jasper oder Büro Heilmaier oder
- Keine teuren „Moderatoren“ für alle möglichen Diskussionsgruppchen oder informellen Runden o.ä..

- Vereinfachung der Ratsgremien und der Aufwendungen dafür
- Kein Doppelt- und Dreifachversenden von Unterlagen, keine Inflation von Hochglanzbroschüren
- Straffung und Reduzierung der Anzahl Ausschüsse, keine weiteren neuen „Beiräte“ (Gestaltungsbeirat...)
- Verringerung der Aufwandsentschädigungen für diverse Aufsichtsratsmandate u.ä.

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Transparenz und Bürgernähe

- Alle Gutachten und sonstigen Unterlagen müssen entsprechend den bestehenden Gesetzen den Bürgern und Politikern zugänglich gemacht werden, ohne überzogene Gebühren, ohne Verschleppung oder missbräuchliche Auslegung von Bestimmungen usw.
- Die Entscheidung über Ausschluss der Öffentlichkeit bei den Beratungen des Rates und der Ausschüsse ist restriktiv zu handhaben und darf wirklich nur die direkt personen- und firmenbezogenen Daten schützen, nicht aber als willkürliches Instrument missbraucht werden, um Mausehelei und von persönlichen Interessen geprägtes Abstimmungsverhalten von Politikern vor der Öffentlichkeit zu verheimlichen.
- Bürgerversammlungen sollen bei Planungsvorhaben die Regel sein, die Einzelanhörung nur als Ausnahme bei geringfügigen Änderungen möglich (vgl. B-Pläne 100-Dächer-Programm, Metrorapidplanungen u.v.m., wo nur Einzelanhörungen stattfanden und die MBI-Anträge zu Bürgerversammlungen von all Parteien niedergestimmt wurden)
- Die Information der Politik über anstehende Baugenehmigungen muss dringend verbessert werden. Bisher werden Bauanträge oft nur zufällig bekannt, auch von so großen Projekten wie z.B. Hittfeldstr./Wichernstr. oder problematischen Vorhaben wie die geplante Bebauung „Zwischen den Gärten“ in der Heimerde
- Die Kontrolle und die Entscheidung muss bei der Politik liegen und nicht bei der Verwaltung, die ein erstaunliches „Eigenleben“ führt, z.B. an schon abgelehnten Projekten einfach weiterarbeitet oder Gutachten und Umfragen in Auftrag gibt, von denen die Politik nichts ahnt
- Gesetze und Verordnungen müssen endlich auch in Mülheim für alle Bürger/innen gleich gelten, egal ob Investor oder Bürger, egal ob für Vergnügungsstätte oder Garagenanbau.
- Bessere Information und Durchführungsbestimmungen für Bürgerbegehren und –entscheiden ohne übertriebenen Formalismus und Behinderungen durch die Verwaltung
- Bürgerfragestunde auch im Rat der Stadt als regelmäßiger Tagesordnungspunkt; weniger Formalismus bei Bürgeranfragen in allen Ausschüssen und Bezirksvertretungen (bei aktuellem Anlass z.B. sollte die 10-Tagesfrist kein Ausschlusskriterium bleiben usw.)

Kirchturmsdenken der Ruhrgebietsstädte:

Ruhrstadt statt Ruhrbania!

Seit dem U-Bahn-Tunnel unter der Ruhr sind die Pläne für die *Ruhrbania-Ruhrpromenade* der größte und teuerste Mülheimer Schildbürgerstreich unter Regie der SPD und OB Mühlenfeld und dem Beifall von CDU, FDP und GRÜNEN. Für dieses, als Wahlkampf-Gag ersonnene „Leuchtturmprojekt“, sind nicht nur die wertvollen Baumbestände der Ruhranlagen zwischen Schlossbrücke und Eisenbahnbrücke geopfert worden, die Stadtbücherei und das halbe Rathaus abgerissen worden: Für ein paar gehobene Eigentumswohnungen nebst Kneipen und leer stehenden Büros und einem unsinnigen „Kleinsthafenbecken“ ist direkt am Ruhrufer ein hässlicher Klotz in senfgelb entstanden. Jahrelang mussten für die Verwaltung als Ersatz für das abgerissene und als Zwischenlösung für das in Sanierung begriffene Rathaus für teures Geld private Gebäude angemietet werden, die Verwaltung befand sich im Exil und mehrfachen Umzug.

Die Verkehrsführung in der gesamten Innenstadt wurde komplett umgemodelt, jahrelangem Baustellenchaos folgten die Verödung der Schlossstraße und die Schließung des Kaufhofs. Jetzt scheint alles darauf hinauszulaufen, dass die Stadt auch noch die Kaufhofsruine ankaufen und abreißen wird.

Die MBI fordern, wenigstens jetzt dem Unfug Einhalt zu gebieten und Ruhrbania Baufeld 3, 4 und 5 nicht mehr weiterzuverfolgen. Sofortiger Planungsstopp, kein Ankauf und Abriss von Gesundheitshaus und AOK-Gebäude. Dass auch die AOK inzwischen bleiben will und in ihr Gebäude investiert, geht in die gleiche Richtung. Aber auch das Um-die-AOK-Herumbauen muss aufgegeben werden.

Die Notwendigkeit einer Abkehr vom Kirchturmsdenken wird heute von niemandem mehr ernsthaft bestritten. Auch der Begriff „Ruhrstadt“ ist in aller Munde. Aber konkret passierte nichts oder genau das Gegenteil. Jede Stadt wollte ihr Centro, Ruhrbania, Urbanum und wie sie alle heißen, gerade noch bauen, natürlich zu Lasten der bestehenden Geschäfte in den jeweiligen Innenstädten ebenso wie der Nachbarstädte oder deren jeweiligem Ur/Ruhrbanium.

Klima – Klimaschutz als oberste Priorität!

Klimaschutz ist für die MBI vorrangiges Thema und muss als Querschnittsaufgabe realisiert werden. Das bedeutet, dass in allen Bereichen wie z. B: städtische Gebäude, Verkehr, Stadtplanung, die Vermeidung von CO₂ –Emissionen ebenso Priorität erhalten soll, wie die Berücksichtigung der nicht mehr abzuwendenden Konsequenzen des Klimawandels.

An dem Grundproblem, der Emission von Treibhausgasen, lässt sich auf kommunaler Ebene nur wenig beeinflussen. Hier sind vor allem Bundes- und EU-Ebene gefragt. Ein Einfluss auf die Stromerzeugung ist kommunal nicht mehr möglich. Da inzwischen freie Wahl der Stromanbieter möglich ist, ist es auch nicht mehr sinnvoll, auf kommunaler Ebene

Forderungen an das RWE zu stellen. Inzwischen ist auch gar nicht mehr die Frage, was klimapolitisch sinnvoll wäre (mit Ausnahme einiger Themen wie sog. „Biosprit“ und leider auch wieder Atomstrom). Das Problem ist vielmehr die Finanzierung. Die MBI treten dafür ein, Investitionen vorrangig in Gebäudesanierung und Energieeinsparung vorzunehmen (ein sanierungsbedürftiger Sportplatz mag unerfreulich sein, verursacht aber wenigstens keine CO₂-Emission). Die Notwendigkeit, den Autoverkehr einzudämmen, erfordert auch in Mülheim eine Verbesserung der Öffentlichen Verkehrsmittel.

Den Auswirkungen des Klimawandels zu begegnen, ist dagegen durchaus kommunale Aufgabe. Das betrifft insbesondere die Vermeidung weiterer Bodenversiegelung, bzw. die Zurückgewinnung schon betonierter und bebauter Flächen. Versiegelte Böden erhöhen die Hochwassergefahr und verschlechtern das Stadtklima. Die heißeren Sommer erfordern zusätzliche Begrünung durch mehr und vor allem auch stärker bewachsene Flächen (also nicht bloß Rasen), Straßenbäume, Dach- und Fassadenbegrünung. Städtische Gebäude müssen gegen Sturmschäden und Schneelasten abgesichert werden. Die Überschwemmungsbereiche der Ruhraue müssen von jeglicher Bebauung freigehalten werden wegen der erhöhten Hochwassergefahr.

Die „Klimainitiative Mülheim“ lehnen wir ab, weil das Geld nur in weitere Bürokratie (neben Umweltamt, Agendabüro...) anstatt in konkrete Projekte geht. Der Verein macht für 100 000 € im Jahr die gleiche Öffentlichkeitsarbeit, die auch schon von vielen anderen (medl, Verbraucherberatung, Internetangebote) geleistet wird

Lärm und Schadstoffe

Mülheim hat zwei gravierende Dauerprobleme beim Immissionsschutz: den Flughafen (vgl. Abschnitt Flughafen) und das Fallwerk in Speldorf. Beides sind Altlasten im doppelten Sinne, die Bürgerinitiativen kämpfen hier seit 40 Jahren bisher ohne wirklichen Fortschritt.

Zum Fallwerk existiert ein Ratsbeschluss zur Verlagerung seit 1992, die Fallwerke sind zur Zeit nicht in Betrieb, dafür stellte der Betreiber einen Antrag auf Erweiterung, nämlich doppelt so viel Betrieb der Schrottschere. Der Lärm ist „infernalisch“ (so eine bekannte SPD-Ratsfrau), die Erschütterungen durch die Fallwerke haben zu Rissen in den angrenzenden Wohnhäusern geführt, aber das Gefährlichste sind die Schadstoffkonzentrationen in Luft und Boden, seit Jahrzehnten bekannt, aber angeblich nicht justitiabel. Inzwischen klagt der Betreiber sogar dagegen, dass er die Nutzung der Schrottschere nicht ausweiten darf!

Solange sogar noch die Bebauung belasteter Böden als einzig mögliche Sanierungsmaßnahme gilt (z.B. Mergelstr.), helfen Gutachten nicht weiter. Seit Bestehen der MBI wurde keine Altlast beseitigt, aber neue Gefährdungen wie die CO-Pipeline (Bayer) kommen hinzu. Die Ausweisung von Umweltzonen, die für Fahrzeuge mit zu hohen Feinstaub-Emissionen gesperrt sind, bringt keine Verbesserung, sondern nur eine Verlagerung des Problems. Hier helfen nur landesweite Beschränkungen der Zulassung.

Flughafen – Die Unendliche Geschichte: Ausstieg und Klima-Expo!

Der Flughafen ist eine der „unendlichen Geschichten“ in Mülheim (wie unter anderem das Fallwerk). Es geht dabei aber in Wirklichkeit nicht nur um die Frage „Flughafen ja oder nein oder Flughafen contra Gewerbegebiet oder ...“, sondern auch um die Zukunft der ebenso klimatisch wie für Naherholung bedeutsamen Ruhrhöhen.

Seit die Stadt Mülheim sich 2001 mit Hilfe des zur SPD übergelaufenen gekauften Ratscherrn Yassine aus dem gemeinsamen Ausstiegsbeschluss mit der Stadt Essen und dem Land verabschiedet hatte, war Stillstand bis 2009. Danach gab es folgende

1. Der B-Plan H 17 Brunshofstr. für ein **interkommunales Gewerbegebiet am Flughafenrand** wurde nach langem konträren Getöse u.a. mit Wüllenkemper im Frühjahr 2009 beschlossen, aber bis heute nicht ernsthaft angegangen, sondern blockiert. Warum auch immer, wo doch IHK und M&B immer wieder den Mangel an Gewerbeflächen beklagen. Es wird Zeit, das Gebiet des H 17 endlich zu entwickeln!
2. Der **Ausstiegsbeschluss auch von Mülheim als der letzten der 3 Gesellschafter** stammt aus Juli 2010. Bis heute ist wenig geschehen, obwohl das Gutachten bereits 2012 allen Wege und Möglichkeiten aufgezeigt hatte.
3. Ebenfalls in 2010 hatten die Städte Mülheim und Essen beschlossen, das **Flughafengelände als optimales Gelände für eine Klima-Expo 2020** ins Gespräch zu bringen und selbiges zu forcieren. Auch dazu geschah danach nichts wirklich.

Die bestehenden Beschlüsse, die von deutlichen Mehrheiten, bei 1. und 3. auch mit der SPD-MH gefasst wurden, müssen endlich angegangen werden. Das wurde aber bisher nicht zuletzt durch die SPD und vor allem die OB auf die lange bis superlange Bank geschoben.

Wenn das Vorhaben Klima-Expo nicht bald aktiv angegangen wird, ist es auch dafür wieder zu spät. Dann dümpelt zwar der bereits absterbende Fluglandeplatz Essen/Mülheim länger vor sich hin, aber perspektivlos!

Die geänderten Flugrouten des Düsseldorfer Flughafens haben zudem vor allem dem Mülheimer Süden mehr Fluglärm beschert. Die Stadt, die dabei ihr Einspruchsrecht verschlief, muss alle, auch rechtlichen Schritte konsequent nutzen, um die Wohnbevölkerung besser zu schützen.

Unsere Forderungen:

1. Keine Ausweitung des Flugverkehrs in Düsseldorf und Rückverlegung der Düsseldorfer Flugrouten auf den Stand von November 2000
2. Schließung des Flughafens Essen/Mülheim, erneute Überprüfung der Verträglichkeit des Flugbetriebs mit dem Erdgaslagers, und aktive Bewerbung für die Klima-Expo 2020 auf dem dann flugfreien Gelände! Kurzfristig die Verlagerung der Flugschulen auch aus Sicherheitsgründen und die Reduzierung der Hubschrauberflüge
3. Erweiterung der Möglichkeiten, die Einnahmesituation des Flughafens u.a. durch Open Air Konzerte u.ä. zu verbessern

Altstadt- und Innenstadtentwicklung, Stärkung der Stadtteile

Neben den zahlreichen Innenstadtgutachten und -wettbewerben hat die Stadt seit mehreren Jahren auch für die meisten Stadtteile Konzepte erarbeiten lassen, teils in sehr aufwendigen

und durchaus vorbildlichen Verfahren unter Einbeziehung der Bürger. Aber genau wie die Innenstadtpläne verstauben auch die Stadtteilkonzepte in den Schubladen, und wenn am Horizont ein Investor auftaucht, werden die Bedenken der eigenen Verwaltungsstelle, die die Stadtentwicklung geplant hat, über den Haufen geworfen. Deshalb:

- Vorhandene Stadtteilkonzepte, wie in Styrum, Dümpten, weiterentwickeln und umsetzen bzw. wie in Speldorf neu erarbeiten (da hier die Umsetzung des vorhandenen Konzeptes nicht mehr möglich ist)
- Keine Baugenehmigungen, die vorhandenen Konzepten zuwiderlaufen und alles wieder in Frage stellen
- Stärkung der Stadtteilzentren, auch durch Verbesserung von Infrastruktur, z.B. dazu auch Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln, z.B. Speldorfer Süden zum Speldorfer Zentrum
- Erhalt von vorhandener Struktur mit kleineren Geschäften im fußläufigen Wohnbereich und Schutz bzw. Förderung von fußläufigen Einkaufs-, Freizeit- und Naherholungsmöglichkeiten in allen Stadtteilen

Neue zukunftsgerichtete Potenziale nutzen durch Lösung von Uralt-Problemen wie Flughafen, Fallwerk und Unterführung Speldorf/Broich

- 1.) Wie oben beschrieben: Ausstieg aus dem Flughafen und zusammen mit Essen aktiv die Bewerbung für die Klima-Expo auf dem Flughafengelände 2020 betreiben, d.h. verstärkte Konzentration auf zukunftsgerichtete Industrie, insbesondere im Bereich der Energiewende, was durch die Pläne des Max-Planck-Instituts, die Schwerpunkte der Hochschule HRW und die Klima-Expo auf dem Flughafengelände zu einer Erfolgsstory werden könnte, wenn die Projekte vernetzt werden!
- 2.) Beseitigung der Unterführung Duisburger Straße zwischen Speldorf und Broich und dadurch Erweiterungsmöglichkeiten für die HRW auf dem nur suboptimalen Gelände in Broich in das untergenutzte große Gelände des ehemaligen Bhf Speldorf hinein.
- 3.) Verlagerung des skandalösen Fallwerks Jost von der Weseler Straße z.B. an die Timmerhellstraße o.ä. und damit Möglichkeit der Nutzung der 33.000 qm an der Nahtstelle zwischen Gewerbegebiet Hafen und den Stadtteilen Speldorf/Broich inkl. der HRW für notwendige städtebauliche Verbesserungen sowohl verkehrlich, als auch z.B. mit der Ansiedlung hochschulaffiner Nutzung

Sinnvollere Verkehrsplanung

Keine weiteren Metrorapids, Emmericher Str., für Verbesserungen im öffentlichen Nahverkehr, für Fußgänger und Radfahrer.

Einer der größten Erfolge in der Arbeit der MBI war ihr wesentlicher Beitrag zur Verhinderung des Metrorapid. Die Trasse hätte Naturschutzgebiete, ein Hochwasserschutzgebiet,

Wohnhäuser, Betriebe zerstört und auf Jahre hinaus ganz Mülheim in eine Riesenbaustelle verwandelt.

Nachdem der Bau der Emmericher Straße verhindert wurde, besteht wohl nicht mehr die Gefahr neuer überdimensionierter Straßenbauprojekte. Trotzdem wurde und wird eine Menge Geld für den Straßenbau im Rahmen von Ruhrbania ausgegeben, mit chaotischen Ergebnissen. Die MBI haben sich immer für die Verkehrsberuhigung im Klöttchen eingesetzt, das Gegenteil wird jetzt mit dem Zweirichtungsverkehr realisiert.

Die MBI sind für Sanierung und Verbesserung der Fahrradwege und möglichst eine durchgängige West-Ost-Innenstadt-Radwegeverbindung. Den Bau der sog. „Radautobahn“ durch das Ruhrgebiet lehnen die MBI ab, die Kosten für den Bau werden mit 110 Mio. € angegeben, für den Unterhalt soll allein Mülheim 100 000 € im Jahr bereitstellen, Geld, das für Bus und Bahn dringend gebraucht wird.

Zur besseren Versorgung der Bevölkerung und zur Reduzierung des Autoverkehrs sollte ein Sammeltaxisystem, durchaus auch in Kooperation mit privaten Firmen, nach modernsten Gesichtspunkten zu den wichtigsten Verkehrszielen der Stadt aufgebaut werden, beginnend mit bisher schlecht angebundenen Quell- oder Zielgebieten wie aus dem Speldorfer- und Broicher Süden, aus Teilen von Dümpten und, und ... zu Realmarkt, Lidl, Aldi in Speldorf-Nord, zum Heifeskamp u. ä., danach könnte das erweitert werden zu großen Schulen/Schulzentren, zum RRZ, zur Innenstadt usw..

Bessere Verkehrsplanung mit Attraktivierung des öffentlichen Nahverkehrs – nur städteübergreifend sinnvoll und möglich!

Ein gut funktionierendes Nahverkehrsnetz ist wie der Herzschlag einer Großstadt also auch der Metropole Ruhr und muss ein wesentlicher Baustein der Energiewende sein, auch aufgrund des demographischen Faktors und des sinkenden verfügbaren Einkommens immer größerer Bevölkerungsschichten. Wo Metropole draufsteht, sollte auch Metropole drin sein, das gilt im Besonderen auch für den städteübergreifenden Nahverkehr bei Bussen und Straßenbahnen.

Vielerorts in Deutschland wird in den Ausbau des Nahverkehrs investiert, aber in Mülheim in den Rückbau.

Der gesamte ÖPNV im Ruhrgebiet – Busse, Straßenbahnen, S, RB, RE, IRE – sollte wie Zahnräder ineinander greifen, wie es in anderen großen Verkehrsverbänden gang und gäbe ist. Voraussetzung dafür ist die Abschaffung der Kirchturmspolitik in der Verkehrsplanung. Die Schranken und Barrieren an vielen Stadtgrenzen des Ruhrgebiets müssen endlich fallen. Nur so kann der ÖPNV in der Metropole Ruhr kostensparender und effektiver werden. Die MBI stehen voll hinter einem Zusammenspiel von Straßenbahnen und Bussen, nicht nur innerhalb von Mülheim, sondern auch im städteübergreifenden ÖPNV mit Duisburg – Oberhausen – Essen und Düsseldorf.

Auf der stillgelegten Güterstrecke der Rheinischen Bahn könnte zwischen Duisburg(Uni) - Mülheim(FH) - Essen(Uni) – Gelsenkirchen(Wissenschaftspark) – Bochum (Uni) eine Stadtbahnlinie („DuMEBoGe“) entstehen als Verknüpfung der Hochschulen im Revier. Die MBI setzen sich seit ihrer Gründung für den Ausbau des ÖPNV ein. Seit Beginn der Diskussionen um „Bus statt Bahn“ haben sich die MBI über Veranstaltungen (z.B. mit Prof. Monheim) und in den politischen Gremien stark gemacht für den Erhalt des gesamten Straßenbahnnetzes (Linie 110, Flughafenast 104, Endast 102) und Ausbau (zur Saarner Kuppe). Die MBI haben außerdem ein optimiertes Buskonzept vorgelegt. Das wurde nicht ernsthaft geprüft, stattdessen wurden Gutachter in Serie bestellt, die für sehr viel Geld jedes Mal für den Papierkorb produzierten. Das geplante Abkappen der Buslinie 151 nach Menden und Kettwig und 132 nach Mintard konnte wenigstens teilweise durch massiven Widerstand der Bürger mit wesentlicher Unterstützung der MBI verhindert werden.

Mülheim braucht Bus und Bahn!

Die MBI fordern dass schnellstmöglich alle ÖPNV-Teilgesellschaften (MVG, DVG, EVAG, StOAG...) im Ruhrgebiet fusioniert werden.

Unsinnigen Flächenverbrauch, Bauwut und Zerstörung stoppen

Durch inflationäre Ausweisung von neuen Wohnbauflächen und Gewerbegebieten versuchen die Ruhrgebietsstädte, sich gegenseitig Einwohner und Gewerbebetriebe wegzunehmen. Zusätzlich wird mit geradezu abenteuerlichen Baugenehmigungen nach §34 BauGB (in Mülheim berühmt-berüchtigt, z.B. Hansastr., Heimaterde, Hittfeldstr. u.v.a.) im Innenbereich verdichtet, was das Zeug hält, werden grüne Oasen in den Wohngebieten durch Zubauen von „Baulücken“ und zusätzliche Bebauung von Blockinnenbereichen und Gärten zerstört. Im Jahr 2011 wurden in Deutschland pro Tag 74 Hektar(allein in NRW 10 ha!) Freifläche für den Bau neuer Siedlungen und Verkehrswege in Anspruch genommen. Das Ziel der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung ist es, bis zum Jahr 2020 die tägliche Inanspruchnahme neuer Siedlungs- und Verkehrsflächen auf 30 ha/Tag zu reduzieren. In Mülheim geht alles weiter wie bisher.Im Entwurf für den Landesentwicklungsplan NRW sollen 5 ha festgeschrieben werden, und schon wird von den einzelnen Städten Widerspruch eingelegt.

Aber auch die Nutzung für Freizeitanlagen, wie z.B. Golfplätze, oder die Erschließung auch des letzten Winkels durch Wanderwege sind in dem Sinn Flächenverbrauch, das diese Bereiche mehr oder weniger ihre ökologische Funktion verlieren. Nachdem durch intensive Land- und Forstwirtschaft (und Tourismus) viele Arten im Außenbereich verdrängt wurden, ist die Stadt ihr Zufluchtsraum geworden. Das aber nur, wenn auch ausreichend und vor allem hochwertige Flächen vorhanden sind.

Mülheim hat in der Ruhraue mit dem durch europäisches Recht geschützten Flora-Fauna-Habitat- Gebiet und den wertvollen Wassergewinnungsflächen, die seit Jahrzehnten nicht

betreten werden dürfen, insbesondere auch für seltene Vogelarten viel zu bieten. Aber auch die Bachläufe stellen eine Besonderheit dar, eine möglichst großzügige Schutzausweisung der Bachtäler ist notwendig. Hier haben die MBI einen großen Erfolg im Hexbachtal gemeinsam mit der BI „Rettet das Hexbachtal“ (aber z.Zt. stagniert das Modellprojekt, das hier entwickelt wurde, wegen mangelnder Kooperation der Städte). Oft wird neuerdings die Durchführung von Massnahmen zur ökologischen Aufwertung von Flächen als Ausgleichsmassnahme an die Zustimmung zu Bebauungsplänen gekoppelt. Wir fordern eine eigenständige Sicherung dieser Massnahmen ohne diese „Erpressung“.

Weitere MBI-Forderungen zur Flächennutzung im einzelnen:

- Regionaler Flächennutzungsplan nicht nur als Aneinanderreihung der FNPs der einzelnen Städte, sondern für das Ende der konkurrierenden Planungen
- keine weiteren Bebauungspläne für Wohn- und Gewerbegebiete in bestehenden Grün- und Freiflächen, auch nicht in gesetzlich weniger geschützten Grabelandflächen wie an der Kamp- oder Gertrudstraße
- restriktivere Handhabung des §34 im Innenbereich und des § 35 im Außenbereich (z.B. Friedhofstraße, Otto-Pankok-Straße, Rücknahme Landschaftsschutz Aubergweg, Lönsweg, Stockweg die alle von den MBI abgelehnt wurden)
- Sicherung gefährdeter Blockinnenbereiche, sogenannter Baulücken und Siedlungsränder durch entsprechende Bebauungspläne, in denen noch vorhandene Freiflächen festgeschrieben werden
- Rücknahme von Ausweisungen von Wohnbauflächen und Gewerbeflächen in schon bestehenden oder im Verfahren befindlichen Bebauungsplänen, wenn durch die Planung hochwertige Grünflächen zerstört, die Anwohner beeinträchtigt werden oder großflächige Versiegelung ermöglicht wird
- Insbesondere die Bebauungspläne Heimaterde F12b, Honigsberger Str./Fünter Weg, Tilsiter Str./Oppspring, Schlippenweg, Velauer Str./Diepenbeck, Nachbarsweg/Oemberg und zur Umwandlung der Sportplätze Blötterweg sowie Hochfelder Straße. Dafür sollen Bebauungspläne in Problemgebieten, die seit Jahren auf Eis liegen, genau dort vorrangig weiter geführt und rechtsgültig gemacht werden, um damit Lösungen zu erhalten (ob in der Nordstadt, am Fallwerk, an der Weseler Str. oder am RRZ oder ...), denn B-Pläne sind Regelungsinstrumente, um städtebauliche Entwicklung zu ermöglichen
- Keine neuen Ausweisungen von Verkehrsstrassen für Straßenbau, aber auch für die Trassenplanung des RRX, denn auch dieser wäre wie der Metro-Rapid nur unter massiven Eingriffen realisierbar
- Schutz besonders wertvoller und sensibler Bereiche, insbesondere naturschutzwürdiger Flächen, vor „Erschließung“ durch Wege und unbefugtes Betreten
- Großzügigere Schutzausweisung naturschutzwürdiger Gebiete, entsprechende Ausweitung der Schutzgebiete im Landschafts-und Flächennutzungsplan (ohne vor

jedem Einspruch eines bauwütigen Grundstücksbesitzers oder Landwirtes klein beizugeben) (das Gegenteil passiert gerade, nämlich Rücknahme des Landschaftsschutzgebietes um Bebauung zuzulassen)

Sozial- und Altenpolitik: Dem Sozialabbau entgegenzutreten und Mülheim als seniorenfreundliche Modellstadt

Da sich in Mülheim die Langzeitarbeitslosigkeit inzwischen dem landesweiten Trend anpasst und kontinuierlich steigt, werden große soziale Probleme auf die Stadt zukommen, schon heute ist jedes 4. Kind auf Sozialhilfe angewiesen. Die Folgen werden u. a. eine verminderte Kaufkraft, gesteigerte Altersarmut und Überschuldung sein. Fehlende Ausbildungsplätze in der Region schaffen zusätzlich eine komplett neue Armutsgeneration. Der extrem hohe Seniorenanteil an der Altersstruktur erfordert Besondere Planungsberücksichtigung für diese Bevölkerungsgruppe, wie z.B. barrierefreies Wohnen, soziale Integration und ÖPNV. Wichtigste sozialpolitische Forderung ist die Erweiterung der kommunalen Handlungsfähigkeit über die sozialen Pflichtaufgaben hinaus.

MBI-Forderungen im Einzelnen:

- Das Optionsmodell hat sich in Mülheim bezüglich der Gruppe der Langzeitarbeitslosen nicht bewährt, die Zahl dieser Personengruppe ist in Mülheim nahezu unverändert. Die MBI treten dafür ein, dass eine Kooperation der Sozialagentur mit der Arbeitsagentur in Mülheim zur Selbstverständlichkeit wird, um den von Langzeitarbeitslosigkeit betroffenen weitere Möglichkeiten zur Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt zu bieten. Des Weiteren treten die MBI dafür ein, dass sich die Stadt Mülheim über den Städtetag dafür einsetzt, die Sanktionen für gerade diese Personengruppe zurück zunehmen.
- Die unabhängige Beratung durch MALZ und Styruer Treff muss weiterhin gesichert sein.
- Wir treten dafür ein, den Langzeitarbeitslosen verstärkt „sinnvolle“ Umschulungs- bzw. Weiterbildungsmöglichkeiten anzubieten, um somit die Chancen auf einen neuen Arbeitsplatz zu vergrößern. Dabei ist hier die Rede von einer Arbeitsstelle, deren Entlohnung die betroffenen Personen in die Lage versetzt, ein selbst bestimmtes Leben ohne finanzielle Unterstützung durch die Sozialsysteme zu führen.
- Die MBI treten dafür ein, dass sich Politik und Verwaltung verstärkt mit den Folgen der Überalterung vor Ort auseinandersetzen. Die sich abzeichnende Altersstruktur in Mülheim muss nach unserer Auffassung als eine Chance begriffen werden, um neue und innovative Konzepte für eine kommunale Seniorenpolitik zu entwickeln.
- Der Aufbau einer seniorengerechten Struktur, die sich effektiv mit den wirklichen Wünschen, Belangen und Problemen älterer Menschen auseinandersetzt, ist unerlässlich. Die MBI unterstützen die Einrichtung sozialer Netzwerke aus

Selbsthilfegruppen in Zusammenarbeit mit privaten und kommunalen Dienstleistern, sowie den Erhalt und den Ausbau seniorengerechter, bezahlbarer, Wohn-, Lebens- und Freizeitstrukturen.

- Durch das neue Wohn- und Teilhabegesetz werden sich die Aufgaben der Heimaufsicht noch vermehren. Die MBI treten dafür ein, dass sich die Stadtverwaltung bei der Landesregierung dafür einsetzt, dieses Gesetz nicht zu verabschieden, solange nicht gesichert ist, wie die Kosten für den zusätzliche Personalaufwand von den Gemeinden aufgebracht werden sollen.

Kultur

Kultur ist tragende Säule einer Gesellschaft und trägt zur Bildung und Unterhaltung bei. Kultur hilft im entscheidenden Maße, die eigene Persönlichkeit zu entwickeln, das kreative Denken und Handeln zu fördern und damit den Menschen zu stärken und zur gesellschaftlichen Teilhabe zu befähigen.

Kulturpolitik muss ins Zentrum der Stadtpolitik gerückt werden!

Sie darf nicht als Finanzlast begriffen werden, sondern als notwendige Pflicht und als wichtiger Standortvorteil.

Kultur ist öffentliches Gut und muss Pflichtaufgabe der Kommune sein. Dazu gehören:

1. Die Wiedereinführung des Bücherbusses.
2. Keine weiteren Schließungen von **Stadtteilbibliotheken** und keine Kürzungen mehr von Medienangeboten in Stadtbibliotheken.
3. Keine weiteren Erhöhungen der Nutzungsgebühren für die Ausleihe von Medien in Medienhaus und Stadtbibliotheken
4. Bessere finanzielle Ausstattung der **Musikschule**, um vor allem das Projekt JEKI (jedem Kind ein Instrument) zu gewährleisten.
5. Erhöhung der Finanzmittel für das **Museum**, um attraktive Ausstellungen zu organisieren und den Bestand der Kunstwerke im Museum und im öffentlichen Raum zu erhalten.

Kultur und Schule

Wir brauchen den Ausbau kultureller Bildungsangebote im Kontext der offenen Ganztags-schulen und anderer Schulformen.

- Allen Kindern sollte während der Schulzeit die Begegnung mit Künstlern unterschiedlicher Sparten ermöglicht werden. Das Programm „Jedem Kind ein Instrument“ ist dabei ein hervorragender Ansatz, der auf alle Schüler ausgeweitet werden muss.
- Allen Kindern sollte während der Schulzeit die Begegnung mit Künstlern der unterschiedlichen Sparten ermöglicht werden, d.h. auch, dass verstärkt Künstler mit Projekten im Kunstunterricht der Schulen vertreten sein müssen

Schule und Jugend

- Schulentwicklungsplanung sollte zukunftsorientiert und nicht ausschließlich unter finanziellen Aspekten durchgeführt werden.
- PPP-Modelle zur Schulsanierung sind grundsätzlich abzulehnen, auch weil sie massiv in die Schulentwicklungsplanung eingreifen. Der Elternwille ist in jedem Fall zu berücksichtigen.
- Kleinere Klassenstärken insbesondere bei Grund- und Hauptschulen (jeweils höchstens 20 Kinder) sind wünschenswert, was allerdings Landessache ist.
- Die Schulhöfe müssen Stück für Stück schülergerechter gestaltet werden mit Begrünung, Entsiegelung und geeigneten Spielgeräten, auf keinen Fall aber weitere Verkleinerung der Schulhöfe für andere Zwecke wie bei der Grundschule Zunftmeisterstraße, wo Schulhofteile zu Parkplätzen des Bürgeramtes wurden.
- Ausbau der Früherkennungsmaßnahmen von körperlichen, geistigen, sprachlichen und sozialen Defiziten sowie Hochbegabung bereits im Kindergarten und systematische Umsetzung von Fördermaßnahmen entlang des MBI-Katalogs aus 2000: gezielte Förderung bei Teillehnschwächen, motorischen und psychosozialen Defiziten, ebenso für Hochbegabte beginnend bereits im Kindergarten und kontinuierlich fortgeführt; qualifizierte Berater und Diagnostiker sowie kleinere Gruppen und Klassen sind dafür Voraussetzung
- GU - Unterricht (gemeinsamer Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern) muss an jeder Schulform und über das gesamte Stadtgebiet verteilt als Vorstufe zur angestrebten Inklusion angeboten werden. Integration von Behinderten ist nur ein Teilaspekt der Inklusion. Keine Schließung von Förderschulen, bevor die finanziellen, personellen und räumlichen Vorgaben durch die Landesregierung auch im Sinne der Kommunen geklärt sind!
- Ausbau der öffentlichen „Infrastruktur“ für Kinder: Kindgerechteres Wohnumfeld auch durch Einbeziehung der Kinder in die Gestaltung von Grünflächen und Spielplätzen
- Suche nach einem geeigneten Standort für Open-Air-Konzerte, z. B: auf dem Flughafengelände und weiterhin in der Freilichtbühne
- Der Ausbau der U3/Ü3 Ganztagsbetreuung ist weiter voranzutreiben, wobei insbesondere die Stellenschlüssel für die U3 Betreuung angehoben werden müssen. Überbelegungen sollten so schnell wie möglich abgebaut werden.
- Die vermehrte Einstellung von Erziehern mit Migrationshintergrund ist zu begrüßen, damit bereits in den KiTas der Integrationsgedanken vorangebracht wird. Als besondere Form der Obhut sollte die Ganztagsbetreuung grundsätzlich auf alle Schulen ausgeweitet werden. Der Heimatsprachliche Unterricht ist auszubauen – hierzu ist es nötig, entsprechende Vollzeitstellen zu schaffen. Da es sich hier um Landes- bzw. Bundesgesetzgebung handelt, muss die Verwaltung, im Rahmen ihrer Möglichkeiten, darauf drängen, dass die Kosten nicht nur von der Kommune getragen werden.

MBI - Sportthesen zu „Freizeit und Sport“ in Mülheim

Wir wollen...

- 1) Die Sportanlage Von-Der-Tannstraße in Styrum muss auf jeden Fall für die Styrumer Schulen und Kindergärten erhalten bleiben!
- 2) Die MBI fordern für das Stadion Styrum ein neues Nutzungskonzept, da der Oberligist VfB Speldorf aller Voraussicht nach ab der Spielzeit 2014/15 das Stadion nicht mehr nutzen wird.
- 3) Die MBI fordern für die in Planung befindliche Bezirkssportanlage Hardenbergstraße ein nachvollziehbares Finanzierungskonzept, zumal die Ursprungsplanung nicht mehr stimmt. Denn der Verkauf der Sportanlage Mühlenfeld wird zu einem Problem, da in die Vermarktung des Grundstückes, infolge von Bergschäden, ca. 600.000€ investiert werden müssten.
- 4) Die Zusammenarbeit zwischen Kitas, Schulen und Sportvereinen verbessern.
- 5) Die Projekte zur Integration und Jugendarbeit in den Vereinen fördern.
- 6) Sportmöglichkeiten sozialverträglich anbieten. (zum Beispiel: „Mülheim-Pass“)
- 7) Die Sportstätten und Freizeitanlagen erhalten, modernisieren und bedarfsgerecht ausbauen.
- 8) Sportlerinnen und Sportler, die in Mülheim und Umgebung leben und in Mülheimer Vereinen trainieren, gezielt fördern.
- 9) Mehr Sport- und Bewegungsangebote für Kinder und Jugendliche in den Stadtteilen vor Ort sichern und bedarfsgerecht ausbauen.
- 10) Zusätzliche Sport- und Bewegungsangebote ermöglichen (z.B.: Außerhalb von Vereinen)
- 11) Die Sportselbstverwaltung stärken
- 12) Sport dient in erster Linie der aktiven Freizeitgestaltung, der Gesundheit und nicht dem Kommerz.
- 13) Sport ist für alle da und muss bezahlbar sein.
- 14) Die MBI setzen sich jederzeit für den Erhalt des Naturbades Styrum ein.